Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 21, Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 313. Donnerstag den 9. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Geologische und Bodenkarte der weiteren Umgegend von Leipzig.

Die Blätter Leipzig, Brandis, Naunhof, Liebertwolkwitz der vom Königl. Finanzministerium herausgegebenen geologischen Specialkarte von Sachsen nebst ausführlichen geologischen und bodenkundlichen Erläuterungen sind erschienen und durch sämmtliche Buchhandlungen, jedes für den Preis von 3 Mark, zu beziehen.

Leipzig, den 8. November 1882.

Der Director der Königl. Sächs. geologischen Landesuntersuchung.
Dr. Herm. Credner.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reorganisation der österreichisch-ungarischen Armee.

Kaiser Franz Josef sagte am 28. October beim Empfang der Delegationen, daß es in der Absicht der Regierung liege, die Armee-Reorganisation im Sinne des Territorialsystems zum Abschluß zu bringen. Diese kurze Andeutung bedurfte der näheren Erklärung und man muß es dem Reichskriegsminister, Graf Bylandt-Rheidt, lassen, daß er das Seinige gethan hat, um die Delegationsmitglieder über den Zweck der geplanten Veränderungen ins Klare zu setzen. Das Detail der Mittheilungen war vertraulicher Natur; aber so viel ist doch von den Verhandlungen in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß man ein allgemeines Verständniß des Reorganisationsplanes gewinnt. Die Mitglieder der ungarischen Delegation haben sich darauf beschränkt, den Worten des Reichskriegsministers aufmerksam zu lauschen, die österreichische Delegation hat sich weniger zurückhaltend gezeigt und der Abgeordnete Sturm hat denjenigen Punct zur Sprache gebracht, welcher uns im deutschen Reiche am meisten interessirt. Der Abgeordnete Sturm hat angefragt, ob aus der nationalen Verschiedenheit einiger Armeecorpsbezirke keine dienstlichen Schwierigkeiten entstehen würden und ob das einheitliche deutsche Commando und die Dienstsprache auch für die Zukunft als sicher gestellt zu betrachten sei. Graf Bylandt hat darauf eine Antwort ertheilt, welche bereits aufgetauchte schlimme Bedenken gegen das Territorialsystem zu mildern geeignet ist, denn er hat erklärt, daß die Schlagfertigkeit der Armee durch nationale Wünsche nicht beeinträchtigt werden dürfe, das einheitliche Commando und die Dienstsprache sei das unerläßliche Bindemittel der Armee, welches nicht aufgegeben werden könne, ohne die Einheit der gemeinsamen Armee ernstlich in Frage zu stellen.

Ohne diese Erklärung des Reichskriegsministers war man zu der Auffassung berechtigt, daß die Durchführung des Territorialsystems in der Armee ein Zugeständniß an die Nationalitätspolitik des Grafen Taaffe sei; nach der Antwort des Grafen Bylandt auf die Anfrage des Abg. Sturm ist man zu der Annahme berechtigt, daß die Ansichten der beiden Minister in diesem wichtigen Puncte wesentlich aus einander gehen. Der einzige Zweck des Territorialsystems ist nach der Meinung des Grafen Bylandt, die Mobilmachung der Armee zu erleichtern und die Vertheilung der Truppen im Frieden dem bestehenden Eisenbahnnetz so anzupassen, daß sie ohne Zeitverlust auf den Kriegsschauplatz befördert werden können. Das mag vom militairischen Gesichtspunct aus das allein Richtige sein, vom politischen hat es den Nachtheil, daß durch die Festhaltung der Truppen einer bestimmten Nationalität in dem Lande ihrer Geburt die Möglichkeit einer Verschmelzung im Reichsinteresse verringert wird.

Nach den Mittheilungen, welche Graf Bylandt in der ungarischen Delegation gemacht hat, wird der ungarische Theil der Armee jetzt zu einem weit größeren Procentsatz in Ungarn selbst verbleiben, als dies nach dem bisher befolgten System der Fall war; von 188 Bataillonen werden fortan 140 in Ungarn verbleiben, während bisher von 205 Bataillonen nur 139 in Ungarn stationirt waren. Das ist eine sehr bedeutende Verschiebung zu Gunsten der nationalen Ansprüche der Ungarn, und es läßt sich annehmen, daß ein ähnliches Verhältniß bei den Truppen czechischer, polnischer und italienischer Nationalität Platz greifen wird.

Es scheint ganz natürlich, daß bei so großer Nachgiebigkeit gegen nationale Wünsche, wie sie unter dem Ministerium Taaffe zur Richtschnur dient, die Armee von dieser zersetzenden Politik auch nicht unberührt bleiben kann und die militairischen Gesichtspuncte, welche die Durchführung des Territorialsystems anrathen, mögen noch so schwer wiegend sein, die Ungarn, die Czechen, die Polen und Slovenen werden die neue Maßregel doch nur vom nationalen Standpunct aus beurtheilen und sie als einen weiteren Schritt zur Loslösung der einzelnen Nationalitäten aus dem Gesammtverbande willkommen heißen. In dieser Beziehung hat allerdings Graf Bylandt weitergehenden Ansprüchen eine ganz bestimmte Grenze gezogen; er hat erklärt, daß einheitliches Commando und gemeinsame Dienstsprache das unerläßliche Bindemittel der Armee sei. Sonderbar, daß dieser Gesichtspunct in seiner Bedeutung für die gemeinsame Verwaltung des Reiches so vollständig verkannt wird. Läßt man nicht die Czechen und die Ungarn in ihren deutschfeindlichen Bestrebungen vollkommen gewähren? Geschieht nicht Alles, um das deutsche Element in Ungarn und Böhmen mit dem magyarischen und czechischen zu verschmelzen? Gilt es doch als eine nicht zu duldende Anmaßung in beiden Ländern, wenn die dort wohnenden Deutschen an ihrer Eigenart, an ihrer Sprache festhalten und die Ausbildung ihrer Kinder in deutschen Schulen beanspruchen. Da kommt plötzlich die Reichsregierung und erklärt durch den Mund des Reichskriegsministers, daß man die deutsche Sprache in der Armee nicht entbehren kann! Ist das nicht der denkbar stärkste Widerspruch? Man legt in unsern modernen Culturstaaten den höchsten Werth auf die Steigerung und Erhaltung der Wehrfähigkeit der Armee; dieser Angelegenheit werden alle anderen Interessen untergeordnet; und dennoch glaubt man in Oesterreich-Ungarn, damit auskommen zu können, wenn man die Soldaten in einer den Meisten fremden Sprache in den ihnen obliegenden Dienstpflichten unterweist. Die Armee ist der Hauptkitt, welcher das ganze vielgestaltige Staatswesen zusammenhält und dennoch giebt man sich die größte Mühe, dieses Bindemittel zu lockern.

Die Nothwendigkeit des deutschen Commandos, der deutschen Dienstsprache wird in militairischen Kreisen vollauf erkannt und gewürdigt und die übrigen Zweige der Regierung suchen ihre Hauptaufgabe in der Desorganisation, in der Hingebung an alle Nationalitätsneigungen. Man mag wollen oder nicht, man ist unter diesen Umständen genöthigt, die österreichischen Truppen in ihrer großen Mehrzahl als abgerichtete Wesen zu betrachten, weil sie nur mit dem Ohre das Commando vernehmen, aber nicht mit dem Verstande. Die Dienstsprache muß von den Soldaten erst erlernt werden und da die Muttersprache eine andere ist, so kann natürlich von einem wirklichen Verständniß auch nicht die Rede sein. Man könnte dagegen einwenden, daß dies ja niemals anders gewesen ist; dieser Einwand ist aber nur zum Theil wahr, denn zu der Zeit, als die deutsche Sprache in Oesterreich-Ungarn noch als die Hauptsprache galt, da hatte jeder Oesterreicher oder Ungar das Bedürfniß, sich wenigstens oberflächlich mit dieser Sprache bekannt zu machen; seitdem es aber in Ungarn und Böhmen als Vorwurf gilt, der deutschen Nation anzugehören oder sich der deutschen Sprache zu bedienen, da fällt der bisher vorhandene Grund, sich mit dem deutschen Idiom vertraut zu machen, fort.

Der Pole Grocholski hat große Wißbegierde verrathen, zu erfahren, welche Eisenbahnen denn demnächst im militairischen Interesse gebaut werden sollen. Dem Charakter der vertraulichen Mittheilung entsprechend, hat der Telegraph die vom Grafen Bylandt namhaft gemachten Bahnen nicht verrathen. Es ist gewiß kein Zufall, daß es gerade ein Pole war, welcher diese Frage an den Reichskriegsminister richtete, und es bedarf keines allzu großen Scharfsinnes, um zu dem Schlusse zu gerathen, daß die Ergänzungen des österreichischen Eisenbahnnetzes hauptsächlich nach Osten zu in Angriff genommen werden sollen. Die Durchführung des Territorialsystems in der österreichisch-ungarischen Armee hat genau denselben Zweck, welchen die beabsichtigten Bahnbauten haben; sie sollen für den Fall eines Krieges mit Rußland die Schlagfertigkeit des Heeres erhöhen. Das ist gewiß eine nothwendige und weise Vorsicht, aber bei dieser Gelegenheit sollte man auch darüber Klarheit gewinnen, daß die Nationalitätenpolitik die Widerstandskraft Oesterreich-Ungarns schwächt.

Leipzig, 9. November 1882.

Zur auswärtigen Lage wird uns aus Berlin geschrieben: „Die Protectoratsansprüche auf Tunis, welche die Pforte anläßlich des Todes des Beys von Tunis soeben gegenüber Frankreich erhebt, werden hier mit nichten als ein bloß akademischer Protest oder als ein vereinzelter Vorgang aufgefaßt, sondern man ist geneigt, die Note der hohen Pforte als den wohlüberlegten Ausdruck einer von Tag zu Tag sich verschärfenden Animosität der türkischen Staatsmänner gegen das französische Cabinet zu betrachten. Die französischen Wühlereien in Syrien haben in dem Sultan ein berechtigtes Mißtrauen hervorrufen müssen, und diejenigen Mächte, die jetzt in Konstantinopel die maßgebenden sind, dürften weder in der Lage sein, noch überhaupt die Absicht haben, diese Besorgnisse zu zerstreuen; England nicht, weil es solchergestalt das türkische Interesse an das seinige fesseln kann, Deutschland nicht, weil es in der That eine sehr bedrohliche Agitation ist, welche Frankreich im Gebiete des Libanon einzufädeln beginnt, und weil auch hier die Besorgniß gehegt wird, daß aus diesem glimmenden Feuer ein neuer großer Brand im Orient sich entfachen möchte, wenn nicht bei Zeiten Fürsorge getroffen wird. Die französischen „Staatsmänner" scheinen sich in dem Uebermaß kleiner und großer Niederlagen, die sie sich durch ihr Ungeschick und mehr noch durch ihre thörichte Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Deutschland in der egyptischen Frage zugezogen, wirklich um den letzten Rest von Besonnenheit gebracht zu haben. Denn auf vernünftige Weise ist es einfach nicht zu erklären, was sie sich wohl davon versprechen mögen, daß sie die orientalischen Wirren unnütz häufen, dem Cabinet Gladstone ein beschwichtigendes Entgegenkommen erschweren, die Pforte in die Arme Englands treiben und sogar ihre Position in Tunis gefährden — alles Consequenzen, die aus dem unüberlegten Aufschüren der syrischen Frage mit Nothwendigkeit folgen müssen. Daß sich England am Nil dauernd festsetzt, ist denkbar, so beklagenswerth auch ein solches Ereigniß im allgemeinen europäischen Interesse wäre. Daß aber Frankreich sich an den Thoren Egyptens und Kleinasiens ein Stück aus dem türkischen Leibe sollte schneiden können, ist ein so unmöglicher Gedanke, daß die Zeit und Mühe verloren bleibt, welche die Gewalthaber an der Seine an das Phantom verschwenden."

Aus dem Großherzogthum Mecklenburg wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Die jetzige ganz plötzliche Reise des Großfürsten Wladimir, ältesten Bruders des Kaisers Alexander von Rußland, von Ludwigslust nach Wien hat eine entschieden politische Bedeutung und ist erst auf persönlichen Wunsch des Kaisers Wilhelm bei seiner jüngsten Anwesenheit in Mecklenburg und nach wiederholtem lebhaften Courier- und Depeschenwechsel mit Petersburg beschlossen worden. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir dem bedeutenden Einfluß des Großherzogs Friedrich Franz auf seinen Schwiegersohn, den Großfürsten Wladimir, eine nicht geringe Wirkung auf dessen Entschluß, diese Reise nach Wien zu unternehmen, zuschreiben. Gerade der Großherzog, der, wie bekannt, das besondere Vertrauen seines greisen Oheims, des Kaisers Wilhelm, besitzt und mit dem russischen Kaiserhofe in den engsten verwandtschaftlichen und persönlichen Beziehungen steht, hat in den letzten Jahren vielfach und dabei mit glücklichem Erfolge dahin zu wirken gesucht, daß zwischen den drei mächtigen europäischen Kaiserhöfen wieder ein möglichst freundliches Verhältniß hergestellt wurde. Für die Bürgschaft des ferneren Friedens in Europa dürfte dieser persönliche Verkehr nicht ohne günstigen Einfluß sein."

In Petersburg erhält sich das (oft dementirte) Gerücht, demzufolge unser Botschafter, General v. Schweinitz, seine Abberufung vom russischen Hofe und die Versetzung nach London nachsuchen soll, und zwar, wie verlautet, im Interesse der Erziehung seiner Kinder. Die Gemahlin des Herrn v. Schweinitz ist eine Amerikanerin, Tochter des vormaligen Unionsgesandten am Wiener Hofe, J. Jay, welcher in London seinen Wohnsitz genommen hat.

Man schreibt uns aus Berlin vom Dienstag: „Noch sieben Tage trennen uns von der Eröffnung der Landtagssession, die schwerlich der greise Kaiser in Person vornehmen wird. Mit mehr als gewöhnlicher Spannung sieht man der Thronrede entgegen, denn man erwartet endlich einmal aus ihr etwas Positives über die ferneren Absichten der Regierung hinsichtlich der Steuerreform zu erfahren. Am Donnerstag reist Herr von Puttkamer voraussichtlich nach Varzin und dort soll die Staatsschrift endgiltig festgestellt werden, die zweifelsohne auch Herr von Puttkamer am nächsten Dienstag im Auftrage seines königlichen Herrn im Weißen Saale verlesen wird. Kaum einen halben Monat später tritt auch der Reichstag zusammen, aber es läßt sich schon jetzt voraussehen, daß derselbe um jeder Collision mit dem preußischen Landtage aus dem Wege zu gehen, während des Monats December den Schwerpunct seiner Thätigkeit hauptsächlich in die Commissionen verlegen und möglichst wenig Plenarsitzungen abhalten wird. Schwieriger wird sich die Sache nach den Weihnachtsferien gestalten, da man nicht voraussehen kann, daß das Abgeordnetenhaus bis dahin auch nur mit der Etatsberathung zu Ende gekommen sein sollte. Der Reichstag muß dann im Plenum arbeiten und um ihm Zeit dazu zu gewähren, wird man wahrscheinlich den Landtag einige Wochen pausiren lassen. Die Zahl der Mitglieder, welche beiden parlamentarischen Körperschaften angehören, ist ja an sich keine allzu große, aber es befinden sich eben die besten Arbeitskräfte darunter. Beiläufig bemerkt, ist dies alljährlich sich wiederholende und in der That wohl unumgängliche Zusammentagen der beiden Parlamente einer der stärksten Gründe gegen den Vorschlag, an welchen ein hiesiges liberales Blatt neulich wieder einmal erinnert hat und der dahin ging, daß zur Vermeidung des doppelten Wählens zum Reichstag und Landtag die preußischen Mitglieder des ersteren sich ganz einfach als preußisches Abgeordnetenhaus constituiren möchten. Diese kaum durchführbare Idee stammt aus den Flitterwochen der jungen deutschen Reichseinheit, wo es für eine patriotische Phantasie Hindernisse überhaupt nicht mehr gab. Wir erinnern beispielsweise daran, wie damals sogar der Gedanke auftauchen und discutirt werden konnte, daß Preußen zum Reichsland erklärt und vom Reich aus regiert und verwaltet werden solle, um so eine Mediatisirung der Mittel- und Kleinstaaten wie von selber herbeizuführen."

Die „Kreuzztg." nimmt als Folge „der fortgesetzten Werbungen um die Gunst des Herrn von Bennigsen" bei den Organen der nationalliberalen Partei einen „Zustand maßlosen Uebermuthes" wahr. Dieselbe Wahrnehmung haben ultramontane Blätter gemacht, also die Organe derjenigen Parteien, deren Cirkel durch mittelparteiliche Ideen und Gerüchte von Wiederannäherung an die Liberalen am empfindlichsten gestört werden. Auf diese Weise sucht man eine Schwenkung der Regierung, die man fürchtet, von vornherein zurückzuschrecken, und aus den allerneuesten Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." könnte man herauslesen, daß dies Bemühen nicht ohne Erfolg geblieben ist. Wir unserseits haben nirgends in der nationalliberalen Presse eine Stimme gehört, die billiger und gerechter Weise als Aeußerung des Uebermuths bezeichnet werden könnte. Die nationalliberale Presse hat sich sogenannten „Werbungen" gegenüber mit großer und berechtigter Zurückhaltung ausgesprochen; sie hat betont, daß man positive gesetzgeberische Vorschläge abwarten müsse, aus denen sich die ferneren Wege und Ziele der Regierung besser beurtheilen lassen als aus schlecht beglaubigten Zeitungsartikeln; sie hat zugleich hervorgehoben, daß grundsätzliche Opposition und systematische Negation dem Wesen und der Tradition der Partei stets fremd gewesen, daß die letztere es immer als ein Glück betrachtet habe, wenn die Politik eine Richtung eingeschlagen, die den gemäßigt Liberalen die Unterstützung der Regierung ermöglichte. Sie hat auf große Gesetze hingewiesen, die auch in den letzten Jahren noch durch Zusammenwirken der Conservativen und Nationalliberalen zu Stande gekommen, sie hat aber auch die Selbstständigkeit der Partei und ihr oft genug ausgeführtes politisches Programm betont, das Alles in entgegenkommendstem und versöhnlichstem Ton. Wie man das Uebermuth nennen kann, wenn man nicht die Fabel von einem solchen braucht, ist uns unverständlich. Wir meinen, wenn die Regierung und die Conservativen noch eine Zeit lang mit den ultramontanen Hand in Hand gehen, so werden sie wohl besser kennen lernen, was „maßloser Uebermuth" ist.

* * *

Das idyllische Stillleben des französischen Cabinets hat die längste Zeit gewährt. Heute (Donnerstag) nehmen die Kammern ihre Thätigkeit wieder auf und dürften wohl ungesäumt einen Entschluß zu treffen haben, der die Situation des Cabinets, so oder so, endgiltig ins Klare bringt. Seit dem Sommer sind die Bedingungen sowohl der äußeren als auch der inneren Existenz des Ministeriums Duclerc so vielfachen Veränderungen preisgegeben gewesen, daß die Feststellung derselben durch das Gesetz der politischen Nothwendigkeit geboten erscheint. In welcher Form immer die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Volksvertretung aufs Tapet gebracht werden mag, — für das Cabinet kommt sie einem Kampfe ums Dasein gleich, und die factisch schon längst bestehende Krise wird sich nicht lange mehr verschleiern lassen. — Der Gang der Verhandlungen zwischen Paris und London macht es wenig wahrscheinlich, daß die auswärtige Politik des Herrn Duclerc mit einem Erfolge vor die Deputirtenkammer treten kann. Auf Grund der nunmehr vorliegenden englischen Separatvorschläge ein Abkommen bezüglich Egyptens sich vollziehen zu sehen, zeigt sich Herr Grevy kaum minder abgeneigt, als Gambetta das in der „Rép. Franç." zu verstehen giebt. Der von dem französischen Botschafter in London zu den Intentionen der egyptischen Politik Gladstone's gelieferte Commentar lautet auch nicht sehr ermuthigend. Die Wahrheit ist, daß Frankreichs Mittel zur Abwendung der ihm in Egypten drohenden Schlappen nicht ausreichen, während England keine Veranlassung fühlt, die falsche Position seines theuren festländischen Alliirten unausgebeutet zu lassen. Die neueste Lesart über den Inhalt der Sendung Lord Dufferin's geht dahin, daß Egypten neutralisirt und unter britisches Protectorat gestellt wird, das heißt wohl nach vorgängig eingeholter Genehmigung Europas.

Aus Paris wird der „K. Z." vom Dienstag gemeldet: „Das Anschlagen mordbrennerischer Zettel in Paris und Umgegend dauert fort, ohne daß die Polizei die Missethäter erwischt. Im 17. und 18. Arrondissement von Paris sowie in Saint Denis wurden letzte Nacht besonders viele Placate angeheftet. Dieselben hatten aber nicht die gewünschte Wirkung, denn die öffentliche Meinung blieb vollständig ruhig. Nur die Reactionäre suchen diese Placate dadurch auszubeuten, daß sie bei ihren Lieferanten, obgleich die Wintersaison begonnen, wenig oder nichts bestellen und denselben mittheilen, daß sie die Hauptstadt wieder verlassen werden, weil Krisen daselbst zu erwarten seien. Die Anarchisten von Montmartre hatten gestern im Saale der „Boule Noire" eine Versammlung anberaumt, um Clémenceau zu brandmarken. Tolle Reden wurden gehalten, aber es kam nichts heraus, als daß Clémenceau von ungefähr 200 Personen ein Tadelsvotum ertheilt wurde. Die Arbeiterbevölkerung von Paris steht keineswegs auf Seiten der Anarchisten; daß sie Ruhe und Ordnung will, beweist zur Genüge die gestrige Versammlung der Möbelschreiner, die ihren Meistern solche Concessionen machte, daß es zu keiner Arbeitseinstellung kommen wird."

Lady Florence Dixon, die Vorsteherin des irischen Hilfsfonds, hat einen Brief veröffentlicht, worin sie mittheilt, daß seit Gründung des Fonds mehr als 20,000 Unterstützungsgesuche bei ihr eingegangen seien, wegen Mangels an Mitteln jetzt aber keine weiteren Gesuche mehr berücksichtigt werden könnten. Da indessen die Noth noch immer sehr groß ist, so schlägt sie vor, von dem noch in Händen des Schatzmeisters der irischen Landliga, Patrick Egan, befindlichen Gelde 13,000 L. für die irischen Nothleidenden zu verwenden, und bietet sich zugleich an, über die Verwendung des Geldes genaue Rechenschaft abzulegen. Die Führer der Landliga dürften sich schwerlich auf das Anerbieten einlassen, da sie das Geld zu nöthig zu Agitationszwecken brauchen, denn von Amerika giebt es so bald nichts mehr. — Der Proceß gegen die zehn der Ermordung der Familie Joyce in Maamtrasna angeklagten Personen ist behufs weiterer an Ort und Stelle vorzunehmenden Beweisaufnahme auf den 13. d. M. vertagt worden.

Am Dienstag fanden in der Mehrzahl der Staaten von Nord-Amerika die Staats- und Congreßwahlen statt. Die Aussichten stehen für die republikanische Partei nach dem ebenso überraschenden wie überwältigenden Erfolge, welchen die Demokraten in Ohio errungen haben, sehr schlecht. Die Demokraten rechnen, anscheinend mit gutem Grund, auf eine Mehrheit im nächsten Congresse. Am schwerwiegendsten wird für die bisher herrschende Partei der Verlust des Staates New-York sein, den die Republikaner bereits selbst aufgegeben. Auch in Pennsylvanien wird der Ausfall als zweifelhaft bezeichnet. Sollten die Demokraten den nächsten Congreß beherrschen, so werden sie vermuthlich eine Freihandelspolitik und andere Grundsätze bei der Gründung von Eisenbahngesellschaften als Hauptpuncte ihres Programms ins Auge fassen. Eine ernsthafte Reformpolitik ist indeß von den Demokraten so wenig zu erwarten als von den Republikanern. Der einzige Unterschied zwischen den Politikern beider Parteien dürfte darin bestehen, daß sich die Republikaner annähernd satt gestohlen haben und die Demokraten nicht.

Die Vermuthung, daß sich die zwischen Chili und dem Präsidenten von Peru, Dr. Calderon, angeknüpften Friedensunterhandlungen wieder zerschlagen haben, wird durch weitere Nachrichten bestätigt, welche, wie aus New-York telegraphirt wird, dort über Panama und Lima eingegangen sind. Danach sind die Unterhandlungen vollständig beendet und wäre Calderon gefangen gesetzt worden. Der Exdictator von Peru, Nicolas de Pierola, muß früheren Nachrichten zufolge bereits in den letzten Tagen des September an der peruanischen Küste gelandet sein; es bleibt nun abzuwarten, ob er die von Chili auferlegten Friedensbedingungen, wie dieses verlangt, en bloc annimmt und sich dann mit chilenischer Unterstützung wieder zum Oberhaupte Perus erhebt.

Das preußische Abgeordnetenhaus und die Kirchenfrage.

Keine andere Frage vielleicht trägt mehr zur Verwirrung im öffentlichen Leben Preußens bei als die Frage der ferneren Entwickelung der kirchenpolitischen Dinge.

Das System der discretionairen Vollmachten hat seinen Zweck nach keiner Seite hin erreicht. Die Ultramontanen haben die ihnen auf Grund dieses Gesetzes gewährten Erleichterungen und Zugeständnisse hingenommen unter fortwährendem Protest gegen die Annahme, daß ihre „gerechten" Ansprüche damit auch nur von ferne befriedigt seien, und unter steter Wiederholung ihrer Forderung einer gründlichen Revision der Maigesetze, d. h. der völligen Aufhebung aller ihrer wesentlichen Bestimmungen. Sachlich hat inzwischen die Verständigung darüber, auf Grund welcher Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze etwa ein Ausgleich möglich wäre, nicht den geringsten Fortschritt gemacht; von Verhandlungen mit der Curie hört man gar nichts mehr; man scheint regierungsseitig dieser hinterhaltigen und verschleppenden Unterhandlungen mit gutem Grund ganz überdrüssig und müde geworden zu sein. Nicht das geringste Anzeichen liegt vor, daß die Regierung eine neue kirchenpolitische Vorlage, sei es auf Grund discretionairer Vollmachten, sei es auf Grund einer organischen Revision, in Vorbereitung habe, worüber man auf liberaler Seite gewiß nur Genugthuung empfinden wird.

Gerade die Aussichtslosigkeit, dem kirchlichen Frieden wirklich näher zu kommen, wenn nicht auf Grund einer offenbaren und vollständigen Demüthigung der Staatsgewalt, hat ja, einstweilen wenigstens in den officiösen Blättern, die Neigung zu einer gewissen Annäherung an den gemäßigten Liberalismus hervorgerufen. Die kirchenpolitische Action, welche die Regierung zunächst nicht fortzusetzen gedenkt, wird nun ohne Zweifel vom Centrum selbständig in die Hand genommen werden. Herr Windthorst hat vor Kurzem erklärt, er habe ein ganzes Packet kirchenpolitischer Anträge im Pulte liegen. Wie sie lauten, wollen wir abwarten. Jedenfalls werden sie nach dem bewährten Muster eingerichtet sein, daß sie auf der Rechten sowohl als auf der Linken Zustimmung finden und nur von den mittleren Parteien, welche die Falk'sche Gesetzgebung in ihren wesentlichen Bestandtheilen ernstlich aufrecht erhalten wollen, abgelehnt werden.

Ob Herr Windthorst eine Mehrheit findet, wird hauptsächlich von den Conservativen abhängen, deren Stellung zum „Culturkampf" höchstens bei der äußersten sogenannten „Reichsbotengruppe" klar ist. Die Fortschrittspartei hat sich bei dem Haschen nach ultramontanen Stimmen für die Wahlen zu so weitgehenden Zugeständnissen und Versprechungen

SLUB
Wir führen Wissen.